Abend-Ausgabe.

Posener Zeitung

Siebenundneunzigster Jahrgang.

Verantwortliche Redakteure.
Für den politischen Theil: C. Fontane,
für Feuilleton und Vermischtes: J. Roeckner,
für den übrigen redakt. Theil: H. Schmiedehaus,
sämmtlich in Posen.

Verantwortlich für den Inseratentheil: O. Knorre in Posen.

Inserate werden angenommen in **Posen** bei der Expedition der Zeitung, Wilhelmstraße 17, ferner bei Gust. Ad. Schleh, Hoflief., Gr. Gerber- u. Breitestr.-Ecke, Otto Niekisch, in Firma J. Neumann, Wilhelmsplatz 8, in **Gnesen** bei S. Chraplewski, in **Meseritz** bei Ph. Matthias, in **Wreschen** bei J. Jadesohn u. b. d. Inserat.-Annahmestellen von G. L. Daube & Co., Haasenstein & Vogler, Rudolf Mosse und „Invalidendank."

Nr. 42.

Die „Posener Zeitung" erscheint täglich drei Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für ganz Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen der Zeitung, sowie alle Postämter des Deutschen Reiches an.

Freitag, 17. Januar.

Inserate, die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite 30 Pf., in der Abendausgabe 30 Pf., an bevorzugter Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die Abendausgabe bis 11 Uhr Vormittags, für die Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

1890.

Amtliches.

Berlin, 16. Januar. Der Kaiser hat in Gemäßheit des § 93 des Gesetzes, betreffend die Rechtsverhältnisse der Reichsbeamten, vom 31. März 1873 (R.-G.-Bl. S. 61) zum Präsidenten der Disziplinarkammer in Karlsruhe: den Großherzoglich badischen Landgerichts-Präsidenten Bender daselbst, und zu Mitgliedern der Disziplinarkammern in Bromberg: den Königlich preußischen Landgerichts-Rath Messerschmidt daselbst, in Danzig: den Königlich preußischen Landgerichts-Rath Mack daselbst, in Hannover: den Königlich preußischen Militär-Intendantur-Assessor Dr. Meyer daselbst, in Liegnitz: den Vorstand der Intendantur der 9. Division, Königlich preußischen Militär-Intendantur-Rath Servatius in Glogau, in Magdeburg: den Königlich preußischen Amtsgerichts-Rath Friese daselbst, in Schleswig: den Königlich preußischen Ober-Landes-Gerichts-Rath Hesse in Kiel, in Schwerin in Mecklenburg: den kommissarischen Ober-Postdirektor, Postrath Tasche in Kiel, für die Dauer der von ihnen zur Zeit bekleideten Reichs- bezw. Staatsämter ernannt.

Der König hat den bisherigen Privatdozenten an der Universität Erlangen, Dr. Theodor Curtius, zum ordentlichen Professor in der philosophischen Fakultät der Universität Kiel ernannt; ferner den Regierungssekretären Berner zu Magdeburg, Hartung zu Bromberg und Schaffrath zu Aachen, sowie dem Ober-Revisor Staack zu Schleswig den Charakter als Rechnungs-Rath, und dem Regierungs-Sekretär Warzecha zu Breslau den Charakter als Kanzleirath verliehen.

Dem Oberlehrer Dr. Albert Güth am Falk-Realgymnasium zu Berlin ist das Prädikat „Professor" beigelegt worden. Der praktische Arzt Dr. Wendt in Owinsk ist zum Kreis-Physikus des Kreises Preuß. Stargard ernannt worden.

Deutscher Reichstag.

44. Sitzung vom 16. Januar, 1 Uhr.

Eingegangen ist ein neues Weißbuch über Ostafrika.

Einziger Gegenstand der Tagesordnung ist die zweite Berathung des Restes des Etats, und zwar zuerst der in die Budgetkommission zur nochmaligen Berathung zurückverwiesenen Titel des Postetats, betreffend die Besoldung der Unterbeamten, im Ordinarium und aus dem Extraordinarium den Titel, betreffend das „Postdienstgebäude in Frankfurt."

Die Kommission — Berichterstatter Dr. Lingens (Zentr.) — empfiehlt unter Ablehnung des Antrages Richter, den Wohnungsgeldzuschuß der unteren Beamten den Theuerungsverhältnissen entsprechend einer Erhöhung zu unterziehen, sowie des Antrages Singer, der in der Hauptsache das Minimalgehalt der Unterbeamten von 800 auf 850 M. erhöhen will, die Annahme des Antrages Frhr. v. Ow, den Reichskanzler zu ersuchen, in Erwägung zu nehmen, ob nicht die Bezüge für die unteren Beamten einer Erhöhung zu unterziehen seien.

Weiter liegt außer den Anträgen Richter und Singer ein Antrag Kalle (natl.) vor, die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage bis zur dritten Lesung des Etats einen Nachtragsetat vorzulegen, durch welchen Mittel zur Erhöhung der Gehälter der Unterbeamten gefunden werden und für die Folge eine dauernde Erhöhung derselben gesichert wird.

Abg. Dr. Baumbach (dfr.): Ich bin sehr angenehm über den Antrag der nationalliberalen Partei überrascht. Eine definitive Stellung dazu kann ich noch nicht nehmen, da ich ihn jetzt zum ersten Male höre. Von unserer Seite war ein ähnlicher Antrag beabsichtigt; von einer Formulirung wurde aber abgesehen, weil wir nicht glaubten, eine Mehrheit für den Antrag zu finden und auf Entgegenkommen der Regierung zu stoßen. Obwohl wir schließlich in der Kommission dem Antrag Ow zugestimmt haben, weil wir uns sagten: etwas ist besser als gar nichts, — haben wir doch den dringenden Wunsch, daß schon in der nächsten Etatsperiode etwas für die unteren Beamten geschehen möchte. In der Kommission hatten wir den Antrag gestellt, es sollte in analoger Weise wie in Sachsen den Beamten des Reichs mit Bezügen unter 4550 Mark eine einmalige Theuerungszulage von 5 Prozent gegeben werden. Diesen Vorschlag habe ich heute nicht wieder aufgenommen, ich muß aber auf ihn zurückkommen nach den Vorgängen zwischen jener Kommission und der heutigen Berathung. In der gestern vorgelesenen Thronrede ist nämlich folgender Passus enthalten: „Unter Ihrer bereitwilligen Mitwirkung sind in den letzten Jahren Verbesserungen der Beamtenbesoldungen durchgeführt, welche zwar erfreuliche und werthvolle Anfänge zu der erstrebten allgemeinen Erhöhung der Diensteinnahmen bilden, hinter dem Bedürfniß, namentlich der unteren und mittleren Stellen, aber wesentlich zurückbleiben. Die Regierung hält sich deshalb verpflichtet, weitere Erhöhungen mit Ihnen zu vereinbaren." Nach dieser bestimmten und feierlichen Zusage ist mit Sicherheit anzunehmen, daß eine Verbesserung der Beamtengehälter der genannten Kategorien in Preußen bereits in der nächsten Etatsperiode eintreten werde. Man hat uns in der Kommission entgegen gehalten, daß es nicht angehen werde, mit einer derartigen Maßregel einseitig im Reiche vorzugehen, und daß zunächst in dem größten der verbündeten Staaten, Preußen, eine Gehaltserhöhung erfolgen müsse. Nach der Zusicherung der Thronrede ist diese Einwendung als erledigt zu erachten.

Ich nehme an, daß die Resolution Ow auch hier im Reichstage einstimmig angenommen wird. Allein diese Resolution scheint uns nicht weit genug zu gehen, wenn ich bedenke, daß im Königreich Sachsen eine Theuerungszulage gewährt wird, und daß in Preußen eine Aufbesserung der Beamtengehälter in Aussicht genommen ist. Bleibt es bei der Resolution Ow, dann würden die unteren und mittleren Reichsbeamten erst mit dem 1. April 1891 die erhöhten Gehälter erhalten, sie müssen also fünf Vierteljahre auf diese Aufbesserung warten. Man war in der Kommission ferner einig, daß man den Theuerungsverhältnissen Rechnung tragen müsse. Daß eine Theuerung besteht, ist keine Frage, und ich beziehe mich zur Bestätigung auf die Thronrede, mit welcher der König von Sachsen den sächsischen Landtag eröffnet hat. Wir wollen nicht mehr und nicht weniger als das, was in Sachsen vorgenommen wird: wir wollen eine einmalige Zulage für die Beamten im Betrage von 5 Prozent bis zu dem Gehaltsbetrage von 3550 Mark. Unser Antrag hat in der Kommission eine Majorität nicht gefunden. In der Kommission wurde demselben entgegengehalten, es sei außerordentlich gefährlich, eine einmalige Erhöhung zu gewähren; man erwecke dadurch Hoffnungen, die sich möglicherweise nicht verwirklichen. Das würde eine große Verstimmung unter den Beamten zur Folge haben. Nun, so fragen Sie doch einmal einen beliebigen Beamten, welche Verstimmung größer sein wird, die Verstimmung darüber, ob er eine einmalige Erhöhung bekommt oder gar keine. Dies Bedenken ist durchaus unbegründet.

Nun stand allerdings der Staatssekretär im Reichsschatzamt dem Antrag kühl bis ans Herz hinein gegenüber, und seine Ausführungen bewegten sich auf dem Gebiet formaler Einwendungen, in den genugsam im Reichstag bekannten Argumentationen, daß die Mitglieder des Bundesraths als instruirte Vertreter sich erst dann schlüssig machen könnten, wenn ein formeller Beschluß des Reichstags vorliegt. Aber der Vertreter des Reichsschatzamts hat bei einer anderen Gelegenheit einen Weg gezeigt, auf welchem eine Stellungnahme des Bundesraths auch ohne formellen Reichstagsbeschluß zum Ausdruck gebracht wird, indem er, als die Budgetkommission mit Rücksicht auf die Vertheuerung der Lebensmittel die Positionen für Brot und Fourage für das Militär erhöht hatte, die Erklärung abgab, daß er von dem Beschluß der Kommission den verbündeten Regierungen Mittheilung gemacht und gegründeten Anlaß habe, anzunehmen, daß der Beschluß Widerspruch nicht erfahren werde. Eine ähnliche Erklärung konnte auch schon in der vorigen Sitzung über die Gehaltsfrage der Unterbeamten abgegeben werden.

Finanzielle Bedenken können nicht in die Waagschale fallen; das Reich, das mit so viel Millionen wirthschaftet, muß namentlich bei den wachsenden Ueberschüssen der Post die kleine Summe für die Unterbeamten aufbringen können.

Es handelt sich um keine Parteifrage, sondern alle Parteien haben ihre Interesse dahin bekundet, und der gegenwärtige Reichstag sollte sich nicht auf Resolutionen und schöne Redewendungen beschränken, sondern nicht auseinander gehen, ohne etwas Positives für die Unterbeamten gethan zu haben. (Beifall links.)

Staatssekretär v. Boetticher: Es ist ja erklärlich, daß in unserer Zeit in diesem Hause die Frage der Gehaltserhöhung lebhaft erörtert wird. Ich könnte mich auch heute auf den verfassungsmäßigen Standpunkt stellen und sagen: der Bundesrath hat sich noch nicht schlüssig gemacht, aber ich habe einmal das Bedürfniß, auch ein Wort über diese Frage zu sagen, weil die Thronrede für den preußischen Landtag erwähnt wurde und dann möchte ich keinen Zweifel darüber lassen, daß die Reichsverwaltung nach wie vor das Programm verfolgt, daß diejenigen Gehaltssätze im Reichsdienst, welche als unzulänglich erkannt werden, nach Maßgabe der Mittel und des Bedürfnisses erhöht werden müßten. Positive Vorschläge sind bisher nicht gemacht worden, weil eine Erhöhung im Reich nothwendig mit einer Gehaltsaufbesserung in den Einzelstaaten verbunden sein muß. Die preußische Regierung will nun mit dem Landtag eine Gehaltserhöhung für die unteren und mittleren Beamten vereinbaren. Ich halte es nun für durchaus ausgeschlossen, daß, wenn in Preußen ein solcher Beschluß gefaßt wird, im Reich nicht die Konsequenzen daraus gezogen werden und ich halte dafür, daß also entsprechend den Aufbesserungen in Preußen eine Gehaltsaufbesserung im Reich sich vollziehen wird. (Beifall.) Man kann einwenden, daß diese Hoffnung von keiner Bedeutung ist, so lange die verbündeten Regierungen darüber keinen Beschluß gefaßt haben.

Wie die Sache in Preußen liegt, läßt sich mit voller Bestimmtheit in diesem Moment noch nicht übersehen. Der preußische Herr Finanzminister steht auf dem Standpunkt, daß er eine dauernde Gehaltsaufbesserung nur dann vornehmen kann, wenn er auch dauernd die Deckungsmittel für die Zahlung dieser Gehälter erhält. Es wird zu prüfen sein, in welchem Maße dauernd Deckungsmittel für die Aufbesserung der Gehälter vorhanden sind. Ob dann eine gleichmäßige prozentuale Erhöhung stattfinden wird, ob man bis an eine bestimmte Grenze der Staatsdienerkategorien geht, muß reiferer Erwägung vorbehalten bleiben.

Ist die Sache in Preußen klar gelegt, so wird sie auch im Reiche vorgenommen werden müssen. Wenn in dieser Landtags-Session ein Beschluß über die Aufbesserung der Gehälter zu Stande kommt, so wird für das nächste Jahr auch das Reich folgen müssen. Ich halte nach alledem den Antrag, daß die verbündeten Regierungen ersucht werden mögen, für dieses Etatsjahr eine Gehaltserhöhung in Aussicht zu nehmen, für überflüssig. Wollen Sie aber so beschließen, so werden die verbündeten Regierungen daraus die Absicht des Reichstages erkennen, ihnen auf dem Wege der Aufbesserung der Gehälter zu folgen.

Was den Antrag Baumbach betrifft, so haben die einmaligen Zuschüsse sehr viele Bedenken gegen sich. In diesem Moment wird er mit der Vertheuerung der Lebensmittel begründet. Aber das ist ja eine sehr bestrittene Frage. Viele Personen in diesem Hause stellen eine Erhöhung der Lebensmittelpreise in Abrede, so z. B. Herr v. Kardorff. Ferner wird über das Maß der Vertheuerung immer gestritten werden können. Eine richtige Politik darf nicht dahin führen, daß mit einmaligen Zuschüssen gewirthschaftet wird, daß eine allgemeine Aufbesserung da stattfindet, wo sie sich als nothwendig erweist. Dieser Weg ist von der preußischen Regierung betreten. Meine Ueberzeugung geht dahin, daß die verbündeten Regierungen nicht umhin können, auf diesem Wege zu folgen, und ich hoffe, daß das bereits für das nächste Etatsjahr möglich sein wird. (Beifall.)

Abg. Kalle (nl.): Schon früher wollte meine Partei eine Resolution einbringen, die sich vollinhaltlich mit dem jetzt von mir eingereichten Antrag deckt. Wir verzichteten früher auf die Einbringung desselben, jedoch angesichts des Umstandes, daß durch die preußische Thronrede unter Anerkennung des Bedürfnisses der Erhöhung der Beamtengehälter eine demnächstige Regelung dieser Verhältnisse stattfinden wird, haben wir uns für doppelt verpflichtet gehalten, unseren Antrag einzubringen.

Abg. Singer (Soz.): Meine Partei kann mit vollem Recht behaupten, daß ohne die Sozialdemokraten die unteren Beamten länger auf Gehaltserhöhung gewartet haben würden. Ich möchte meinen Antrag für diese Berathung zurückziehen unter der Voraussetzung, daß das Haus den Antrag Kalle annimmt. Wir werden für denselben stimmen. Finanzielle Bedenken sind nicht vorhanden. Wenn man die Getreidezölle auf ihre richtige Höhe in den Etat bringen würde, so hätte man keine finanziellen Schwierigkeiten. Im Uebrigen gönnen wir den Kartellparteien diese Wahlparole, wenn nur der Antrag zu Stande kommt.

Abg. Dr. Windthorst (C.): Der Antrag Baumbach entspricht nicht den Grundsätzen des konstitutionellen Systems, wonach in Geldangelegenheiten dem Hause nicht die Initiative gebührt. Der Antrag Kalle ist mir zur Stunde nicht klar; er läßt sich in seiner ganzen Tragweite nicht übersehen. Ich beantrage daher die beiden Anträge an die Kommission zur nochmaligen Berathung zurückzuverweisen. Eine allgemeine Aufbesserung ist durchaus nothwendig, wenn wir nicht ein Beamtenproletariat haben wollen. Die augenblickliche Situation verlangt sofortige Abhilfe. Der Herr Staats-Sekretär hat das abgelehnt. Auch in seinen Erklärungen liegt ein Moment, die Anträge der Kommission zu überweisen, damit die Regierung sich dort näher erklären kann über einen Gegenstand, der in alle Verhältnisse der inneren Politik eingreift.

Abg. v. Helldorff (k.) erkennt das Vorhandensein eines Bedürfnisses für die Erhöhung der Gehälter an; dieses sei aber nicht eine Konsequenz der Wirthschaftspolitik des Kanzlers, sondern sei in der allgemeinen wirthschaftlichen Lage und Stellung der Beamten überhaupt begründet. Er sei für Rückverweisung an die Kommission.

Abg. Richter (dfr.): Allerdings ist die Theuerung die Folge der Wirthschaftspolitik des Reichskanzlers (Lachen rechts). Ob Herr v. Kardorff dafür die Verantwortung von sich abwälzt, darauf kommt gar nichts an (Sehr gut! links, Lachen rechts). Im Lande weiß man, wer daran die Schuld hat. Ob Sie die Verantwortung abwälzen wollen, darauf gebe ich gar nichts. (Oho! rechts.) Der Reichskanzler selbst hat, als er die neue Wirthschaftspolitik einleitete, zugegeben, daß sie eine ungünstige Wirkung auf die Gestaltung des Einkommens der Unterbeamten ausüben werde. In dem berühmten Brief vom 15. Dezember 1878 heißt es, daß die gesammte nichtproduzirende Bevölkerung scheinbar benachtheiligt werden würde, daß aber auch dem konsumirenden Theil die gesammte Wertherhöhung schließlich von Nutzen sein werde. Es kann nicht bestritten werden, daß in keinem Lande der Welt die Lebensmittel so theuer sind, wie jetzt in Deutschland. Und es kommt darauf an, einen Ausgleich zu schaffen für die auf ein festes Einkommen angewiesenen Beamten, Im Uebrigen wird es den Beamten sehr gleichgiltig sein, unter welchem Titel sie das Geld bekommen, wenn sie es überhaupt nur bekommen. (Sehr richtig! links.)

Es unterliegt keinem Zweifel, daß unser Vorgehen und der Antrag der Sozialdemokraten den Anstoß zu diesen Verhandlungen gegeben hat. Es ist offenbar, daß die Regierung vorher gar nicht daran gedacht hat, Maßregeln entsprechend den Theuerungsverhältnissen vorzuschlagen, und daß selbst die Sache noch in der letzten Verhandlung in der Kommission noch sehr zweifelhaft war, obwohl die Weihnachtsferien Gelegenheit genug gaben, über die Frage nachzudenken. Die preußische Finanzverwaltung hat nach den heutigen Ausführungen des Herrn Finanzministers einen Weg betreten, formell in derselben Weise, wie einer unserer Anträge in der Budgetkommission, der verlangte, beim Reichsschatzamt einen allgemeinen Fonds auszuwerfen, aus dem die Gehaltsaufbesserungen bestritten werden können. Da nun die preußische Regierung selbst sich ihrerseits noch gar nicht schlüssig ist, was sie im Einzelnen thun soll — sie verbirgt dies dahinter, daß sie erst hören will, was die Abgeordneten darüber denken, während es doch Sache der Regierung ist, mit bestimmten Vorschlägen zu kommen (Sehr richtig! links) — ist der Finanzminister auf den Ausweg gekommen, zunächst einen großen Dispositionsfonds für diesen Zweck zu reserviren. Dieser Fonds wird ausgeworfen für die Schuldentilgung derart, daß wenn man sich im Einzelnen nicht über die für die Beamten zu verwendende Summe nicht einigt, die ganze Summe zur Schuldentilgung verwendet werden soll. Die Summe beträgt 18 Millionen Mark. Diese werden also für die Gehaltsaufbesserung in Aussicht genommen. Die preußische Regierung ergreift so die Initiative, während es naturgemäßer wäre, daß die Reichsregierung das thäte, (Sehr richtig! links) statt daß das Reich im Schlepptau des preußischen Finanzministers in dieser Sache einhergeht. Nachdem dies aber einmal geschehen ist und wir uns dem anschließen müssen, halte ich es für richtig, die ganze Frage noch einmal an die Budgetkommission zu verweisen, welche erwägen soll, ob nicht im Etat 1890 und 91 eine analoge Einrichtung wie die der preußischen Regierung herbeizuführen ist, und in einer beschleunigten Berichterstattung empfehlen soll, einen Fonds im Reichsschatzamt für die Zwecke der Gehaltsaufbesserung für kleinere und mittlere Beamte auszuwerfen. Ich würde für den Antrag Kalbe gestimmt haben, aber nach dem Vorgang in Preußen halte ich es für besser, die Sache hier zu einer ähnlichen Entscheidung zu bringen. (Beifall links.)

Abg. v. Kardorff (Rp.): Auch ich würde für Zurückverweisung stimmen und setze voraus, daß auch die Reichsregierung dem preußischen Vorgehen folgen wird. Die Vorwürfe gegen die Vertheuerung der Lebensmittel durch die Wirthschaftspolitik des Reichskanzlers sind eine alte Legende. (Lachen links.) Wenn eine Theuerung da ist, so ist es die Kohlentheuerung, und wer daran Schuld ist, wird Herr Richter selbst wissen. Nicht der Initiative des Herrn Richter haben die Unterbeamten eine etwaige Gehaltsverbesserung zu danken; auch ich habe schon lange vorher mit der Regierung Rücksprache genommen und Entgegenkommen gefunden. (Lachen links.)

Abg. Kalle (nl.) erklärt sich gleichfalls mit einer Zurückverweisung an die Kommission einverstanden.

Damit schließt die Diskussion. Der Antrag Singer wird zurückgezogen, die anderen Anträge an die Budgetkommission verwiesen, und die betr. Etatstitel angenommen.

Es folgt die Verhandlung über das Postdienstgebäude in Frankfurt. (Kaiserpalast.)

Die Kommission beantragt statt 535500 Mk. 235500 Mk. unter Streichung der Worte: „erste Baurate“ zu bewilligen. Die Summe für das Absteigequartier des Kaisers wird damit gestrichen.

Staatssekretär im Reichspostamt Dr. v. Stephan: Die Zustände im Postdienstgebäude in Frankfurt sind derart gefahrdrohend, daß wir im nächsten Winter nicht mehr das Gebäude beziehen können. Wir müssen unbedingt einen Bau von Hintergebäuden vornehmen, wenn wir nicht die Posträume wo anders hin verlegen wollen, was mit großen Schwierigkeiten verknüpft wäre.

Se. Majestät der Kaiser haben eine Allerhöchste Entschließung dahin gefaßt, auf die Herstellung eines Kaiserlichen Absteigequartiers in dem neuen Reichspostgebäude überhaupt verzichten zu wollen. Dadurch ist die ganze Sachlage wesentlich vereinfacht, und ein anderer vereinfachter Plan muß aufgestellt werden. Das kann bis zur dritten Lesung des Etats nicht gut mehr geschehen und muß daher dem nächsten Reichstag überlassen werden. Aber für den Bau von Hintergebäuden und die Einfriedigung des Bauplatzes brauchen wir schon jetzt eine Summe von etwa 200 000 M., gewissermaßen als Provisorium.

Abg. Richter (dfr.): Nachdem durch den Verzicht auf das Absteigequartier der Haupteinwand gegen diese Position fortgefallen ist, sind wir gern bereit, der Postverwaltung in Bezug auf beschleunigte Bewilligungen für Verkehrszwecke entgegenzukommen. Wenn sich auch bei der zweiten Berathung eine Formulirung schwer finden läßt, so wird sich vielleicht bis zur dritten Berathung eine Formulirung ermöglichen lassen, daß schon in diesem Jahre Summen flüssig gemacht zur Einhegung des Bauplatzes und zur Herstellung von Hintergebäuden. (Zustimmung links.)

Abg. v. Wedell-Malchow (kons.): Wir glaubten die Ausgabe für das Absteigequartier absetzen zu sollen wegen der sonstigen hohen Belastungen, die dieser Etat bringt. Ferner glaubten wir, daß die Dinge nicht so schlimme seien, sonst hätte die Postverwaltung schon früher Vorschläge machen müssen. Ist das aber der Fall, dann brauchen wir auch in der dritten Lesung keine Summe einzustellen, sondern das kann im nächsten Etat geschehen.

Geheimrath Dr. Fischer: Der Vorwurf, daß die Postverwaltung zu spät vorgegangen sei, wenn die Gefahr so dringend war, trifft nicht zu. Wir haben lange Zeit gebraucht, um einen Vertrag mit dem Besitzer des Nachbargrundstücks und den Bauplan festzustellen. Die Uebelstände sind dringend und bedürfen schleuniger Abhilfe.

Damit schließt die Diskussion. Der Antrag der Baukommission wird angenommen.

Der Postetat ist erledigt.

Der Etat des Reichs-Invalidenfonds wird ohne wesentliche Debatte erledigt.

Zum Etat des Reichsschatzamts haben die Abgg. Brömel Goldschmidt, Witte (dfr.) beantragt:

> Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, in Zukunft alle Abänderungen des amtlichen Waarenverzeichnisses zum Zolltarif mindestens vier Wochen vor Inkrafttreten derselben vollständig im „Zentralblatt für das Deutsche Reich“ zu veröffentlichen.

Abg. Brömel (dfr.) führt aus, daß die Gewerbetreibenden, um vor Ueberraschungen sich schützen zu können, die beantragte Publikation verlangen müßten. Bisher habe man seitens der Regierungen gegen die Gewerbetreibenden nicht die nöthige Rücksicht geübt.

Reichsschatzsekretär v. Maltzahn rechtfertigt das Verfahren, das die Regierung bisher bei der Publikation befolgt hat. Der Antrag sei in manchen Beziehungen, namentlich durch die Festlegung der Frist auf 4 Wochen, bedenklich.

Abg. Hultzsch (kons.) empfiehlt Namens seiner Partei den Antrag als zur Beseitigung der hervorgetretenen Uebelstände geignet.

Nachdem auch der Abg. Dr. Witte (dfr.) den Antrag empfohlen und den Klagen der Gewerbetreibenden über die Mängel des bisherigen Verfahrens Ausdruck gegeben hatte, vertheidigt

Staatssekretär des Reichsschatzamts Frhr. v. Maltzahn die Entscheidungen des Bundesraths, die sich genau in den Vorschriften des Gesetzes betr. den Zolltarif bewegten. Der Regierung selbst seien aus Interessentenkreisen andere Ansichten kundgegeben worden, als wie sie vom Abgeordneten Dr. Witte hier vertreten seien.

Abg. Struckmann (nl.) schließt sich Namens seiner Partei dem Antrag an und fragt, wie der Bundesrath sich zu der vom Reichstag beschlossenen Einrichtung eines Reichszolltarifamts verhalte.

Abg. Goldschmidt (dfr.) tritt den Ausführungen des Staatssekretärs entgegen und verweist namentlich auf den Rückgang der deutschen Böttcherindustrie, der in Folge einer plötzlichen unberechtigten Zollerhöhung auf Eichenholz eingetreten sei.

Reichsschatzsekretär Frhr. v. Maltzahn erwidert auf die Anfrage des Abg. Struckmann, daß eine Absicht, der betr. Anregung Folge zu geben, nicht bestehe.

Nach einigen weiteren Bemerkungen wird die Diskussion geschlossen, der Antrag Broemel mit großer Mehrheit angenommen.

Die noch übrigen Einzeletats werden ohne Debatte erledigt.

Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr (Dampfervorlage).

Schluß 5 Uhr.

Preußischer Landtag.

Herrenhaus.

2. Sitzung vom 16. Januar, 1 Uhr.

Der Präsident verliest die Namen der verstorbenen Mitglieder. Das Haus ehrt das Andenken der Verstorbenen durch Erheben von den Sitzen.

In Folge des Verlustes der Eigenschaft, auf die hin die Präsentation erfolgt ist, ist ausgeschieden Breßlau-Erfurt.

Neu berufen sind seit der vorigen Session als Mitglieder Staatsminister v. Schelling, Graf v. Redern, Fürst zu Salm-Reifferscheid-Dyck, Dr. Berling, Dr. Nasse (inzwischen verstorben), Hammer-Brandenburg, v. Gersdorff, Freiherr v. Schrötter, Freiherr v. Wilmowsky, v. Gerlach.

Fürst zu Salm, der den vorgeschriebenen Eid auf die Verfassung noch nicht geleistet hat, wird vereidigt.

In die Matrikelkommission wird für den verstorbenen Grafen zur Lippe das Mitglied v. Oehlschläger gewählt.

Das Haus verweist hierauf die bisher eingegangenen Gesetzentwürfe zur Vorberathung in Kommissionen.

Nächste Sitzung unbestimmt.

Schluß der Sitzung 1 Uhr 50 Minuten.

Abgeordnetenhaus.

2. Sitzung vom 16. Januar, 12 Uhr.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die Wahl des Präsidiums und der Schriftführer.

Auf den Antrag des Abg. Stengel wird das bisherige Präsidium, bestehend aus den Abg. v. Köller, Frhr. v. Heereman und v. Benda per Akklamation wiedergewählt.

Präsident v. Köller: Ich danke Ihnen dafür, daß Sie mir Ihr Vertrauen auch diesmal bewahrt haben, und nehme die Wahl an in der Hoffnung, daß mir das Wohlwollen und die freundliche Unterstützung, die ich seitens dieses Hauses nun schon 10 Jahre lang in meiner Amtsverwaltung genieße, auch in dieser Session werde erhalten bleiben. (Beifall.)

Abg. Frhr. v. Heereman ist wegen Erkrankung abwesend, Abg. v. Benda nimmt die Wahl dankend an.

Zu Schriftführern werden durch Akklamation gewählt die Abg. Barth, Bohtz, Jmwalle, Kolisch, Dr. Mithoff, von Rhediger, Sperlich und Vopelius.

Zu Quästoren ernennt der Präsident die Abgg. v. Liebermann und Francke.

Es folgt hierauf die Entgegennahme von Vorlagen der Staatsregierung.

Finanzminister Dr. v. Scholz: Ich habe dem Hause vorzulegen die allgemeine Rechnung über den Staatshaushaltsetat für 1886/87, die Uebersicht von den Einnahmen und Ausgaben für 1888/89 und den Staatshaushaltsetat für 1890/91.

An der Hand sorgfältiger Berechnung ist die Staatsregierung zu dem in der gestrigen Thronrede gefällten Urtheil gelangt. Die Finanzlage des Staates ist nach dem Abschluß des letzten Rechnungsjahres eine günstige. Sie stellt sich ebenso dar als eine günstige nach den bisherigen Ergebnissen des laufenden Jahres. Dennoch aber mahnt sie zur Vorsicht für das nächste Jahr.

Das abgeschlossene Rechnungsjahr 1888/89 hat einen verfügbar gebliebenen in den nächsten Etat einzustellenden Ueberschuß von 4 800 000 Mark hinterlassen. 1887/88 blieb ein Ueberschuß von nahezu 43 000 000 Mark. Man könnte also auf den ersten Blick einen Rückgang annehmen. Dieser liegt jedoch nicht vor. Zudem kommt in Betracht, daß 1887/88 die zur Balance des Staats eingestellten Anleihen von 40 Millionen Mark eine außerordentliche Einnahme in Höhe von 32 Millionen Mark zugeführt haben, während 1888/89 eine solche Einnahme nicht mehr hinzugekommen ist. Ferner ist nach den Bestimmungen des Eisenbahngarantiegesetzes 1887/88 ein Betrag von 43 Millionen Mark, 1888/89 ein solcher von 66 Millionen Mark (Hört! hört! links) für den definitiven Abschluß zur Verrechnung auf bewilligte Anleihen, d. h. zur Schuldentilgung, über den Etat hinaus zur Ausgabe gestellt worden. Der Ueberschuß von 1888/89 würde sich danach auf diese 66 Millionen Plus den 4 800 000 Mark, also im Ganzen auf 70 950 000 Mark belaufen (Hört! hört! links), wenn nicht in diesem Jahre die Einzahlungen beim Hinterlegungsfonds die Auszahlungen um 26 300 000 Mark überschritten hätten, d. h. also die Schuld des Staates um so viel größer geworden wäre. Der wirkliche Ueberschuß von 1888/89 beträgt danach rund 68 Millionen Mark gegenüber dem wirklichen Ueberschuß von rund 50 Millionen Mark im Jahre 1887/88. Das günstige Ergebniß des laufenden Jahres ist also noch um 18 Millionen Mark besser, wie das im Vorjahre. Das kann für Niemand überraschend sein nach den schon im Vorjahr gemachten Mittheilungen, wo wir einen Ueberschuß von 60 Millionen Mark herausrechneten. Unsere Betriebsverwaltungen haben nahezu 67 Millionen Mark mehr Ueberschuß geliefert. Die erheblichsten Abweichungen von unserer Schätzung haben sich bei der allgemeinen Finanzverwaltung in unseren finanziellen Verhältnissen zum Reich herausgestellt. Wir glaubten, von den Zöllen und der Tabakssteuer einen Mehrüberschuß über den Etat von 11½ Millionen Mark erwarten zu dürfen: wir haben wirklich einen Mehrüberschuß von 23 Millionen erhalten. Von den Reichsstempelabgaben haben wir statt 2 Mill. ½ Millionen mehr erhalten. Dagegen von der Branntweinsteuer hat sich ein Minus von 16 Millionen ein solches von 21 Millionen. Die weitere Konsequenz der Mehreinnahmen von den Zöllen, die wesentlich in dem hohen Ertrag der landwirthschaftlichen Zölle ihre Ursache hat, ist, daß wir den Kreisen statt der vorausgesetzten 4½ Millionen Mark 14½ Millionen mehr herauszuzahlen hatten, als im Etat angenommen war, nämlich statt 15 Millionen Mark 29 485 255 Mark, die an die Kreiskassen zu zahlen sind.

Daher scheint das Urtheil, daß die Finanzlage nach den Ergebnissen des letzten Abschlusses eine günstige sei, durchaus gerechtfertigt. Zur gleichen Ueberzeugung werden Sie über das **laufende Jahr 1889/90** gelangen, nach den Schätzungen, die wir auf Grund der letzten Abschlüsse machen konnten. Berichtigungen sind natürlich von dem vor uns liegenden Theil des Jahres sehr wohl möglich. Das Ergebniß stellt sich folgendermaßen: Die Forstverwaltung hat einen Mehrüberschuß über den Etat von 6 Millionen Mark in Folge günstiger Holzverkäufe, ferner 2 500 000 Mark mehr durch Erlös von Verkäufen, besonders im Grunewald. Die direkten Steuern haben ein Mehr von 5 800 000 Mark, die indirekten von 9 800 000 Mark, wobei allein die Stempelsteuer, die unter den Gerichtskosten figurirt, ein Plus von 8 400 000 Mark ergeben wird. Die Bergverwaltung rechnet auf ein Mehr von 2 800 000 Mark, die Eisenbahnverwaltung auf ein Mehr von 37 200 000 Mark, und zwar 70 600 000 Mark Mehreinnahmen, 28 000 000 Mark Mehrausgaben, sowie für Prioritäts-Anleihen 36 150 000 Mark. Bei der öffentlichen Schuld wird eine Ersparniß von 800 000 Mark erwartet. — An Ueberweisungen vom Reich erwarten wir ein Mehr von mindestens 27 Millionen Mark, und zwar 25 Millionen von Zöllen und Tabaksteuer, 6 Millionen von Reichsstempelsteuern, dagegen 4 Millionen Minus von der Branntweinsteuer. Die Justizverwaltung wird sich um 3 500 000 Mark günstiger gestalten, durch 4 Millionen mehr bei den Gerichtskosten, wobei hauptsächlich die Stempelbeträge in Betracht kommen. Die günstigen Faktoren ergeben zusammen etwa 94 Millionen Mark mehr. Als ungünstige Faktoren treten demgegenüber: Die Mehrüberweisung an die Kreise, als Folge des Mehrbetrages der Zölle mit 10 Millionen Mark, die Civilpensionen mit 5½ Millionen Mark mehr, die Bauverwaltung mit Mehrausgaben von 4 200 000 Mark, hauptsächlich durch unaufschiebliche Erhaltungsbauten an der Weichsel. Im Ganzen ergeben die ungünstigen Faktoren gegen 15 Millionen Mark, sodaß von dem laufenden Jahr ein wirklicher Ueberschuß von 79 oder 80 Millionen Mark zu erwarten sein würde. Da aber nach den Bestimmungen des Eisenbahngarantiegesetzes ein etwaiger Ueberschuß bis zu 98½ Millionen Mark für den Abschluß der Rechnungen auf bewilligte Anleihen zu verwenden ist, oder auf Mehrleistung von Staatsschulden, wird das laufende Jahr einen verfügbar bleibenden Ueberschuß nicht hinterlassen, sondern in Ausgaben und Einnahmen balanziren.

Aus einer Vergleichung der letzten Jahre ergiebt sich folgende interessante Reihenfolge: Das Jahr 1885/86 war das letzte, das mit einem materiellen Defizit abschloß, und zwar in Höhe von 12 Millionen Mark, 1886/87 hatte einen materiellen Ueberschuß von 16 Millionen Mark, 1887/88 von 50 Millionen Mark, 1888/89 von 68 Millionen, 1889/90 nach unserer Schätzung von 80 Millionen Mark, also eine Reihe stets wachsender Ueberschüsse. Man wird nun sagen, bei einer solchen Finanzlage sei kein Anlaß zu erhöhter Vorsicht für die Zukunft geboten, sondern das sei die beste Bürgschaft für eine gleiche Weiterentwickelung. Man darf aber nicht die Relation der Ueberschußziffern zu den Gesammtziffern der Wirthschaft, auf welche sie sich beziehen, vergessen. Der Ueberschuß von 80 Millionen bedeutet nur fünf Prozent von der Gesammtziffer und nur zehn Prozent allein von der Eisenbahnverwaltung. Man darf daher aus den Ueberschüssen nicht zu weitgehende Deduktionen herleiten. Auch in den Jahren 1870 bis 1873 waren steigende Ueberschüsse von zuerst 18 bis zuletzt 64 Millionen Mark bei einem viel geringeren Etatsansatz vorhanden, und wie bald folgte darauf nicht die Defizitwirthschaft, die lange genug gedauert hat! Auch die unmittelbaren Umstände, unter welchen unsere Verwaltungen solche Erfolge gehabt haben, mahnen zur Vorsicht. Mit doppelter Hilfe des Reichs, durch seine Wirthschaftspolitik und die Branntweinsteuergesetzgebung insbesondere, sind unsere Einnahmen so günstig beeinflußt worden. Aber wir haben die Staatskasse auch schon wieder mit neuen dauernden Lasten beschwert, die ungefähr den Betrag der Mehreinnahmen erreichen, so durch die Uebernahme der Wittwen- und Waisengeldbeiträge der Beamten und Lehrer, durch die Zuschüsse zu den Pensionen und Besoldungen der Lehrer, sowie durch Mehrausgaben für die Hinterbliebenen der Geistlichen. Das mahnt uns zur Reserve, nicht in diesem Tempo so schnell vorwärts zu gehen. Wenn wir auch nicht mit einer bedeutenden Handelskammer den Höhepunkt des Aufschwungs der jetzigen Gewerbsverhältnisse als überschritten ansehen wollen, so müssen wir uns doch sagen, daß ein so erheblicher Mehrüberschuß wie aus den Holzverkäufen nicht als etwas dauerndes anzusehen ist, und daß so hohe Stempeleinnahmen schon Zeichen einer mehr als gesunden Entwickelung sind; wenn wir auch nicht annehmen, daß die Angriffe auf unsere Eisenbahntarife sich schließlich so weit kräftigen, um eine verheerende Wirkung bei uns auszuüben, so müssen wir doch bedenken, daß die Eisenbahn-Einnahmeziffern in den letzten Jahren so hoch gestiegen sind, daß wir auch da zur Vorsicht Anlaß haben. 1887/88 haben wir die Einnahmeziffer, weil der Etat nicht erreicht war, herabsetzen müssen. Von da an aber sind die Einnahmen 1888/89 auf 720 Millionen Mark, 1889/90 auf 775 Millionen, 1890/91 auf 851 Millionen, d. h. jährlich um 168 Millionen Mark gewachsen, und zwar fällt diese Steigerung in der Hauptsache auf den Verkehrsaufschwung der alten Linien. Eine Sicherheit für den gleichen Fortgang ist jedenfalls nicht vorhanden.

Der Etatsentwurf für 1890 91 ist dieser vorsichtigen Auffassung gemäß aufgestellt. Seine Gesammtziffer beträgt rund 1591 Millionen Mark, d. h. 77 Millionen über den Etat des laufenden Jahres. An außerordentlichen Einnahmen kommt dem Etat der verfügbar gebliebene Ueberschuß von 4 800 000 Mark zu gute, welche selbstverständlich auch jetzt wieder zu außerordentlichen Schuldentilgungen eingestellt werden. Sehen wir von den verfügbaren Ueberschüssen ab, so berechnet sich die Gesammtziffer des nächsten Etats auf 1586 Millionen Mark, und die Steigerung gegen das laufende Jahr auf 108 Millionen Mark. Die Betriebsverwaltuugen haben ein Mehr von 97 Millionen Mark, die allgemeine Finanzverwaltung von 9 Millionen Mark, die andern Theile von 2 Millionen gegen das laufende Jahr. Bei den Betriebsverwaltungen stehen den Mehreinnahmen an Mehrausgaben nur 35 Millionen Mark gegenüber, zu denen aber 30 Millionen Mark kommen infolge der Kündigung von Prioritätsobligationen. Der Mehrüberschuß der Betriebsverwaltungen beläuft sich danach auf 32 Milllionen Mark, wovon der größte Theil bei der öffentlichen Schuld und der allgemeinen Verwaltung in Ansatz zu bringen ist, während der eigentlichen Staatsverwaltung nur etwas über vier Millionen und für das Extraordinarium nur etwas über zwei Millionen Mark zukommt. Für die Forstverwaltung ergiebt der neue Etat nur die Annahme eines Mehrüberschusses von 1 160 000 Mark. Wir haben indessen überall nach den früheren Regeln der Voranschläge die Rechnung aufgestellt und uns nicht durch günstige Ergebnisse der letzten Jahre beeinflussen lassen. Bei der Verwaltung der direkten Steuern ergiebt sich eine Mehreinnahme von 6 343 000 Mark und eine Mehrausgabe von 2183000 Mark, also ein Mehrüberschuß von 4 160 000 M. gegen das laufende Jahr. Bei dieser Verwaltung sind die Zahlen darum besonders hoch, weil zum ersten Mal die Gebühren der Katasterbeamten sowie deren Besoldungen als Einnahmen des Staats eingestellt sind, die mit ungefähr 1 176 000 Mark balanziren. Der sonstige Mehrüberschuß der direkten Steuern kommt mit 2 447 000 Mark auf die Einkommensteuer, mit 800 000 Mark auf die Grund- und Gebäudesteuer, mit 600 000 Mark auf die Klassensteuer, mit 500 000 Mark auf diet Gewerbesteuer. Wir entnehmen daraus, daß die Steuerkraf im Lande gestiegen ist; auch das platte Land hat seinen Antheil daran, und diese Wendung zum Besseren hat sich gegen früher noch erheblich gestärkt. Das gilt aber nur für das platte Land im Ganzen, während in den Theilen, die wesentlich auf die landwirthschaftliche Produktion angewiesen sind, also im Osten der Monarchie, sich wiederum ein effektiver Rückgang zeigt. (Sehr wahr! rechts.) Das sind die Wirkungen der schlechten Ernten und der durch das Ausland so lange unnatürlich und verharrend herabgedrückten Getreidepreise. (Sehr wahr! rechts.) Sorgen wir, daß nicht durch Rückwärtsrevidirungen unserer heilsamen Zollgesetzgebung (Hört, hört! links) neue Störungen das Wiedererstarken dieser Landestheile verhindern, deren Wohl uns ebenso am Herzen liegen muß, wie das aller anderen Landestheile. Die indirekten Steuern werden Mehrüberschuß von 2 500 000 Mark, hauptsächlich in Folge der Stempelsteuer ergeben. Bei der Bergwerks-Verwaltung treten 9 700 000 Mark Mehreinnahmen 7 130 000 M. Mehrausgaben gegenüber, so daß ein Ueberschuß von 2 670 000 Mark bleibt. Bei der Eisenbahnverwaltung werden die Mehreinnahmen auf 76 661 000 Mark, die Mehrausgaben auf 58 823 000 Mark geschätzt, so daß noch nicht 18 Millionen Mark Mehrüberschuß als im laufenden Jahre angenommen wird. Durch Minderausgaben an Zinsen und Prioritätsanleihen von 33 Millionen erhöht sich der Ueberschuß auf 51 Millionen Mark. Der Etat der Staatsschulden-Verwaltung zeigt günstige Veränderungen. Der Fonds zur außerordentlichen Schuldentilgung ist von 5 Millionen auf 18 Millionen Mark gestiegen. Für die Gesammtlage ergiebt sich im Vergleich zum Jahre 1885 folgendes Resultat: 1885 betrug die Staatsschuld 3912 Millionen Mark bei der Hauptverwaltung der Staatsschulden, 1635 Millionen Mark Prioritätsobligationen und bei der Eisenbahnverwaltung, 24 Millionen Mark beim Hinterlegungsfonds, 178 Millionen Mark an offenen Krediten. Nach dem neuen Etatsanschlag stellt sich unter Hinzurechnung der schon feststehenden Umwandlungen der Prioritätsobligationen für Preußen das Bild so dar: Bei der Hauptverwaltung der Staatsschuldenverwaltung wird sich die Staatsschuld auf 5760 Millionen Mark, bei der Eisenbahnverwaltung auf nichts mehr, beim Hinterlegungsfonds auf 28 Millionen, an offenen Krediten auf 531 Millionen Mark belaufen. Durch Konvertirung der 4½ prozentigen Papiere und demnächstige Umwandlung der Prioritätsobligationen wird dem Staat eine Ermäßigung der Zinsenlast in Höhe von 13 930 000 Mark zu Theil. Von Anfang an bestand der Wunsch, diese große Prioritätenschuld auch der Hauptverwaltung der Staatsschulden zu überweisen. Das ließ sich am besten erreichen durch Umwandlung der Prioritätsobligationen in Konsols auf dem Wege des Umtausches und der Kündigung. Das wird in Kurzem zum letzten Abschluß gelangt sein, und es werden dann nur noch einige wenige Prioritätsanleihen im Gesammtbetrage von 177 Millionen Mark übrig bleiben, die dann ohne weitere Schwierigkeiten der Hauptverwaltung der Staatsschulden überwiesen werden können. Dies Ziel ist erreicht worden, ohne daß jemals der Geldmarkt erheblich erschüttert oder der Kurs unserer Staatspapiere beeinflußt war, auch ohne daß einem Vermittler die Hand gedrückt oder gar vergoldet zu werden brauchte. (Beifall rechts.) Ich glaube daher dem Vertrauen, mit welchem seiner Zeit die Ordnung dieser Angelegenheit lediglich in die Hände des Finanzministers gelegt wurde, entsprochen zu haben.

Die im Etat der allgemeinen Finanzverwaltung vorgenommenen Veränderungen sind eine Konsequenz des Reichshaushaltsetats. Nach diesem erhält Preußen eine Mehrüberweisung von 10 Millionen Mark, hat dagegen an Matrikularbeiträgen ein Mehr von 21 Millionen Mark zu leisten. Diese Verschlechterung wird ja Niemandem zur besonderen Befriedigung gereichen; aber

sie ist eingetreten unter Umständen, die keineswegs eine dauernde Gestaltung der Dinge voraussehen lassen. Im Reichshaushalts-Etat findet sich wider Erwarten ein Defizit von 20 Millionen Mark, wegen schlechten Ausfalls der Zuckersteuer, das nicht zu erwarten ist, wenn die Zuckersteuer zu voller Geltung gelangt und wir zu einer Konvention oder zu Ratifikationen gekommen sind. Auch hinsichtlich der Branntweinsteuer giebt der Reichshaushalts-Etat nach meiner Ueberzeugung nicht das dauernde Resultat des Gesetzes wieder. Die Mindererträge des Branntweinsteuergesetzes haben ihre wesentliche Schuld nur in den großen Mengen von Branntwein, die nachversteuert oder unversteuert bei der ersten Einführung vorhanden waren und in den weiteren nachversteuert oder unversteuert gebliebenen Beständen, welche aus den bisherigen Zollausschüssen in das Steuergebiet hereingebrochen sind. Dadurch allein ist die Produktion des 70er Spiritus noch immer so unlohnend. Das wird sich ändern, wie sich schon aus der Vergleichung der letzten drei Monate erhoffen läßt. Für die Ueberweisungen an die Kreise haben wir nach der bisherigen Methode die Veranlagungen und ein Mehr von 2 Millionen Mark. Erfüllen sich unsere Wünsche, so werden die Jahre bald wiederkommen, wo diese Ueberweisungen wieder hinter dem Etatansatz zurückbleiben.

An Mehrausgaben zeigt der nächste Etat gegen das laufende Jahr nur die Summe von 859 900 Mark. Das Geringfügige dieser Summe erklärt sich, wenn man in Betracht zieht, daß es sich in den letzten Jahren mit den höheren Summen nur um außerordentliche gesetzliche Maßnahmen gehandelt hat, während der regelmäßige Bedarf auch nur auf kleine Summen angewiesen war.

Das Extraordinarium des Etats zeigt nur eine mäßige Steigerung von 2 363 000 Mark, nämlich von 40 972 000 auf 43 345 000 Mark. Das Extraordinarium der Eisenbahnverwaltung ist von 11 Millionen Mark auf 17 Millionen Mark gestiegen.

Der neue Etat bringt trotz seiner günstigen Lage nur für wenige Beamtenkategorien, wo das Bedürfniß unabweisbar ist, Besoldungsverbesserungen, enthält dagegen keinen Ansatz für eine allgemeine Besoldungsverbesserung der Beamten, obwohl die Absicht der Regierung auf eine solche gerichtet ist. Der Etat ist aber in dieser Beziehung absichtlich unvollkommen geblieben. Wir haben nämlich den Titel „Hauptverwaltung der Staatsschuld" mit 18 Millionen Mark dotirt; dadurch besitzen wir ein bereites Reservoir, aus dem wir für andere Bedürfnisse die Deckungsmittel nehmen können, wenn wir wollen. Nun glaube ich zwar nicht, daß der Titel mit 18 Millionen Mark Mehrbedarf schon genug dotirt ist, sondern es wäre wünschenswerth ihn noch zu verstärken, statt ihn zu schwächen, aber bei der Abwägung dieses Anspruchs und des Anspruchs der Beamtenschaft, namentlich in den mittleren und unteren Stellen, in Bezug auf Besoldungsverbesserung, ist der Staatsregierung der letztere Anspruch als der schwerwiegendere, als wirklich unabweisbar, erschienen. Sie ist deshalb ihrerseits entschlossen, auf jenes Reservoir zurückzugreifen, soweit sie dazu auf Ihre Zustimmung rechnen kann. Wir haben absichtlich keinen ausgearbeiteten Gesetzentwurf vorgelegt, weil ohne vorgängige Verständigung mit Ihnen eine vollständige Umarbeitung fast aller Ziffern des Etats nothwendig gewesen wäre. Darum haben wir uns auf den erwähnten Titel beschränkt und behalten uns vor, nach erhoffter Verständigung mit Ihnen, in einem Nachtragsetat das auszugestalten, was heute unsere erklärte Absicht ist, und in den verfügbaren Mitteln und dem vorausgesetzten Entgegenkommen des Landtags bereits eine gute Bürgschaft des Gelingens hat. In diesem Sinne bitte ich Sie, den Etat als vollständig anzusehen und in förderſame Berathung zu nehmen. (Beifall rechts).

Nächste Sitzung Dienstag 11 Uhr (erste Berathung des Etats). Schluß 1½ Uhr.

Deutschland.

Berlin, den 16. Januar.

— Der Kaiser hatte gestern Vormittag noch eine Unterredung mit dem Staatsminister v. Boetticher. Abends nahm der Kaiser in der Zeit von 6 bis 7 Uhr an einem Unterricht im Florettfechten Theil. Heute Vormittag hatten die kaiserlichen Majestäten um 8½ Uhr zunächst eine gemeinsame Spazierfahrt nach dem Thiergarten unternommen. Zurückgekehrt von derselben nahm der Kaiser wiederum Unterricht im Florettfechten und hörte hierauf den Vortrag des Kriegsministers v. Verdy du Vernois, in dessen Beisein der Generalstabsarzt der Armee v. Coler dem Kaiser eine aus dem Schlosse zu Augustenburg stammende, in Flensburg vorgefundene Glocke übergab. Vor der Mittagstafel ertheilte der Kaiser dem Bildhauer Heinz Hoffmeister behufs Vorlegung einiger Skizzen eine Audienz.

— Das Reichstagspräsidium ist gestern Vormittag 12½ Uhr von der Kaiserin Friedrich empfangen worden, um das Beileid des Reichstags über den Hingang der Kaiserin Augusta aussprechen zu dürfen.

— Prinz Georg, welcher während der letzten Tage an einer heftigen Erkältung litt, hat sich jetzt ziemlich wieder erholt, doch darf derselbe auf den Rath der Aerzte zur Zeit das Palais noch nicht verlassen.

— Eine Berliner Korrespondenz will aus zuständiger Quelle erfahren haben, daß erst vorgestern die Eröffnung der letzten Kodizille des Testaments der Kaiserin Augusta stattgefunden habe. Ueber den Inhalt verlaute noch nichts wie nur, daß nach dem Willen Kaiser Wilhelm I. ebenso das Palais Unter den Linden wie das Schloß Babelsberg nach dem Ableben der Kaiserin Augusta der Krone zufallen solle.

— Wie die „Nordd. Allg. Ztg." hört, wird an dem bevorstehenden Geburtstage des Kaisers die Hoftrauer abgelegt werden und in offiziellen Kreisen eine Feier des Tages, jedoch unter Ausschluß von Musik, stattfinden.

— Der türkische Divisionsgeneral Baron von der Goltz-Pascha, welcher vor Kurzem aus Berlin nach Konstantinopel zurückgekehrt ist, wurde dort, wie uns aus der türkischen Hauptstadt gemeldet wird, am Donnerstag voriger Woche von dem Sultan in besonderer Audienz empfangen. Von der Goltz-Pascha war von Kaiser Wilhelm beauftragt worden, dem Sultan seine herzlichsten Glückwünsche zu übermitteln und demselben im Namen des deutschen Kaiserpaares auszusprechen, daß sowohl Kaiser Wilhelm als auch seine Gemahlin die Erinnerungen an ihren Aufenthalt in Konstantinopel für immer in bestem Andenken bewahren würden.

— Der vielgenannte Polizeiinspektor Wohlgemuth, dessen Unbesonnenheit Veranlassung zu dem Konflikte zwischen Deutschland und der Schweiz gab, wird, wie der „Frkf. Ztg." aus Mülhausen i. Els. gemeldet wird, vom 1. Juli d. J. ab pensionirt werden. Es war ihm die Wahl gestellt worden, sich nach Metz versetzen zu lassen, in welchem Falle er dem dortigen Polizeiinspektor untergeordnet gewesen wäre, oder sich mit 3150 M. Pension und einer in Aussicht gestellten jährlichen Unterstützung von 500 M. pensioniren zu lassen, welch letzteres Herr Wohlgemuth vorzog.

Italien.

* **Rom**, 16. Januar. In der heute veröffentlichten Encyclica empfiehlt der Papst die Liebe zum Vaterlande, für welches man selbst sein Leben lasse müsse und fährt fort, die Christen müßten aber eine noch höhere Liebe für die Kirche haben, welche ihr göttliches Vaterland sei und ihnen Pflichten gegen Gott auferlege, heiliger als die gegen die Menschen. Nur ein guter Christ sei zugleich ein guter Bürger. Die Gegner Gottes suchten die Macht an sich zu reißen, um ihren Prinzipien zum Siege zu verhelfen; in vielen Gegenden greife man den Katholizismus an. Die Katholiken müßten vor Allem einig sein und sich nicht nur den Dogmen sondern auch der Disziplin der Kirche unterwerfen. Dem Papst stehe das unumschränkte Recht über die Dogmen und die Moral, sowie über die nothwendigen Heilmittel zu. Die Kirche umfasse verschiedene Nationen, welche unter ganz verschiedenen Regierungen lebten. Da sei es nothwendig, daß die Rechte und die Pflichten gegen die Kirche abgegrenzt würden, und daß jeder Staat dieselben respektire. Diejenigen, welche die Kirche in den Streit der Parteien hineinziehen wollen, mißbrauchen die Religion. Der Papst bespricht sodann die Einigkeit unter den Katholiken und führt aus, daß die Streitigkeiten und die inneren Zerwürfnisse ein Uebergewicht der Gegner herbeigeführt hätten; ihnen gegenüber müsse man weder furchtsam noch verwegen sein. Die Furchtsamen würden eine zu große Nachgiebigkeit ausüben, die Verwegenen dagegen leicht eine Rolle einnehmen zu welcher sie nicht berechtigt seien; sie würden die Angelegenheiten der Kirche nach ihrem eigenen Willen un nach ihren eigenen Ideen leiten wollen und seien nur schwer dazu zu bewegen, das, was ihren Ideen nicht entspreche, aufzunehmen. Man müsse dem Papste und den Bischöfen sich unterwerfen und mit derselben Klugheit handeln, die der Papst in seinen bürgerlichen Verhältnissen üben müsse. Die Völker würden nur stark durch die praktische Uebung christlicher Tugenden. Die Familienväter müßten nach den christlichen Vorschriften die Erziehung ihrer Kinder leiten und mit aller Macht allen ungerechten Angriffen gegen ihre Autorität gegenübertreten. Die Encyclica schließt mit einem Aufruf des Papstes an die Katholiken aller Nationen, die Gesellschaft zu erhalten durch die Uebung christlicher Tugend am häuslichen Heerde.

Parlamentarische Nachrichten.

— Die freisinnige Partei des Abgeordneten-Hauses hat heute bereits gewissermaßen in Bestätigung der Befürchtungen, denen Herr v. Scholz in seiner Etatsrede Ausdruck gab, indem er darauf hinwies, daß das Streben nach einer Herabsetzung der Eisenbahntarife die Ueberschüsse der Staatsbahnen herabmindern könne, den Antrag eingebracht, die Regierung zu ersuchen, die bestehenden Personen-, Gepäck- und Gütertarife einer Reform zu unterziehen, welche durch Ermäßigung der Tarifsätze und durch Vereinfachung des Tarifsystems die preußischen Staatsbahnen für die wirthschaftlichen Interessen des Landes in erhöhtem Maße nutzbar macht.

Zur Wahlbewegung.

— Ein deutsch-freisinniger Arbeiterverein hat sich vor einigen Tagen in Schneidemühl, Wahlkreis Czarnikau-Kolmar, gebildet, dem bis jetzt 90 Mitglieder angehören. Am letzten Sonntag sollte eine öffentliche Versammlung abgehalten werden, die angeblich nur 23 Stunden vorher angemeldet war. In Folge dessen versagte der 1. Bürgermeister Wolff im letzten Augenblick die Genehmigung und der Wirth sein Lokal. Trotzdem hatten sich die Arbeiter schaarenweis in dem Lokal eingefunden, um sich wenigstens mit dem Redner zu unterhalten. Nachdem, wie man der „Freis. Ztg." berichtet, sich ca. 350 Mitglieder für den Eintritt in den Verein erklärt hatten, verbot die inzwischen angerückte Polizei den Arbeitern den Aufenthalt in dem Lokale. Am nächsten Montag oder Dienstag ist eine neue Versammlung beabsichtigt, die schon jetzt angemeldet ist und ihr Ziel sicherlich erreichen wird. Inzwischen hat sich auch ein freisinniges Wahlkomitee gebildet.

Lokales.

Posen, den 17. Januar.

* **Prüfungstermin.** Am 4. November 1890 wird eine Prüfung für Taubstummenlehrer in der Provinzial-Taubstummenanstalt zu Posen stattfinden. Zu derselben werden zugelassen: Geistliche, Kandidaten der Theologie oder Philologie, sowie solche Volksschullehrer, welche die zweite Prüfung bestanden, sich mindestens 2 Jahre mit Taubstummenunterricht beschäftigt haben und sich über ihre bisherige ordnungsmäßige Führung auszuweisen vermögen. Die Meldung ist bei dem Provinzial-Schulkollegium in Posen einzureichen. — In der königlichen Präparandenanstal zu Czarnikau wird am Dienstag, den 1. April 1890 eine Aufnahmeprüfung stattfinden. Die Anstalt gewährt den Schülern freien Unterricht, bedürftigen Zöglingen Wohnung und persönliche Unterstützungen. Sie nimmt in der Regel nur Zöglinge auf, welche das 15. Lebensjahr vollendet haben. Die schriftliche Anmeldung hat mindestens 10 Tage vor dem Prüfungstermin zu erfolgen.

* **Ein Gardinenbrand** war gestern Abend ½12 Uhr im Hause Kleine Ritterstraße Nr. 2 ausgebrochen. Beim Eintreffen der alarmirten Feuerwehr war derselbe bereits erloschen, und konnte dieselbe sofort nach ihrer Station zurückkehren.

—u. **Verhaftungen.** Gestern mußte wieder eine ganze Reihe von Verhaftungen vorgenommen werden. Wegen Diebstahls wurde ein hiesiger Arbeiter festgenommen. Derselbe hat bei einem auf dem Alten Markt wohnhaften Fischhändler eine Kiste mit Bücklingen im Werthe von acht Mark, welche vor der Ladenthür gestanden hatte, entwendet. — Ferner wurde gestern ein Bäcker von hier zur Haft gebracht. Er hatte auf der Breslauerstraße wiederholt Schlägereien angestiftet und leistete der polizeilichen Aufforderung, sich zu entfernen, nicht Folge. Bei der darauf erfolgten Festnahme des Raufluſtigen leistete derselbe energischen Widerstand. — Wegen Diebstahls wurde gestern auch ein Arbeiter aus Gorczyn inhaftirt. Er hatte von dem hiesigen Zentralbahnhof eine größere Quantität Steinkohlen entwendet, welche ihm aber abgenommen wurden. — Wegen Skandalirens wurde ein Maurer von hier zur Haft gebracht. Der polizeilichen Aufforderung, sich ruhig zu verhalten, schenkte er nicht die geringste Beachtung. Auch er suchte sich durch Gewalt der Verhaftung zu entziehen. — Endlich wurde gestern eine abgefeimte Diebin in der Person einer übel beleumundeten Frauensperson festgenommen. Dieselbe hat einem jungen Manne die goldene Taschenuhr nebst goldener Kette, sowie ungefähr 150 Mark baares Geld entwendet.

Handel und Verkehr.

** **Berlin**, 16. Januar. Nach amtlicher Feststellung Seitens der Aeltesten der Kaufmannschaft kostete Spiritus loko ohne Faß frei ins Haus oder auf den Speicher geliefert, per 100 Liter à 100 Prozent.

Unversteuert, mit 50 M. Verbrauchsabgabe:

Am 10. Januar 1890 51 M. 50 Pfg.; am 13. Januar 51 M. 50 Pfg. à 51 M. 30 Pfg.; am 14. Januar 51 M. 40 Pf.; am 15. Januar 51 M. 30 Pf. à 51 M. 50 Pf. à 51 M. 20 Pfg.; am 16. Januar 51 M. 80 Pf.

Unversteuert, mit 70 M. Verbrauchsabgabe:

Am 10. Januar 1890 32 M. 30 Pfg. à 32 M. 40 Pfg.; am 13. Januar 32 M. 40 Pfg. à 32 M. 20 Pf. à 32 M. 30 Pfg.; am 14. Januar 32 M. 20 Pfg.; am 15. Januar 32 M. 20 Pfg. à 32 M. 10 Pfg.; am 16. Januar 32 M. 30 Pfg. à 32 M. 40 Pfg.

** **Berlin**, 16. Januar. **Zentral-Markthalle.** [Amtlicher Bericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in der Zentral-Markthalle.] Marktlage. Fleisch. Unbedeutende Zufuhr, und wenig Nachfrage, Preise dieselben. Wild und Geflügel. Wildzufuhr ausreichend, ruhiges Geschäft. Wildschweine gefragt. Preise wenig verändert. Geflügel ausreichend, Puten bleiben schwer verkäuflich. Fische. Zufuhr in Seefischen immer noch knapp. Lebhaftes Geschäft zu Mittelpreisen. Starke Zufuhr in Bücklingen. Butter. Unverändert matt. Käse flau, Limburger, Backstein und Harzer billiger. Gemüse. Holländer Wirsingkohl billiger verkauft. Obst und Südfrüchte unverändert.

Fleisch. Rindfleisch Ia 55—60, IIa 48—54, IIIa 36—45, Kalbfleisch Ia 60—65, IIa 45—55, Hammelfleisch Ia 50—55, IIa 40—45, Schweinefleisch 56—63, Bakonier do. 54—55 M., russische do. 53 bis 55 M. per 50 Kilo.

Geräuchertes und gesalzenes Fleisch. Schinken ger. mit Knochen 80—100 M., Speck, ger. 80 M. per 50 Kilo.

Wild. Damwild per ½ Kilo 0,40—0,58, Rothwild per ½ Kilo 0,35—0,45, Rehwild Ia 0,80—0,90, IIa bis 0,75, Wildschweine 0,36 bis 0,54 M., Hasen per Stück 2,50—3,00 M.

Wildgeflügel. Fasanenhähne 3,00—3,50 M., Fasanenhennen 2,40—3,00 M., Wildenten —,— M., Seeenten 0,40—0,50 M., Krickenten — Pf., Waldschnepfen —,— M., Haselhühner 1,40—1,60 M., Schneehühner 1,25 M.

Zahmes Geflügel, lebend. Gänse, per Stück —, Enten 1,50—2 Mk., Puten —,— Mk., Hühner, alte —,— Mk., do. junge —,— Mk., Tauben 0,35—0,45 Mk. per Stück.

Fische. Hechte p. 50 Kilogr. 56—62 Mk., Zander 91 Mk., Barsche — M., Karpfen, gr. —,— M., do. mittelgr. 70 M., do. kleine 67 M., Schleie 66—71 M., Bleie 45—51 M., Aland 46 Mk., bunte Fische (Plötze u. s. w.) 24—40 M., Aale gr. — M., do. mittelgroße — Mk., do. kleine — Mk., Krebse, große pr. Schock — M., mittelgr. 2,50—4 Mk., do. kleine, 10 Centimeter, 1,40—1,50 Mk.

Butter u. Eier. Ost- u. westpr. Ia. 104—108 Mk., IIa. 95 bis 100 M., schlesische, pommersche und posensche Ia. 100—105 M., do. do. IIa. 95—100 Mk., ger. Hofbutter 88—92 Mk., Landbutter 75—83 M. — Eier. Hochprima Eier 4,20 Mk., Kalkeier 3,80 Mk. per Schock netto ohne Rabatt.

Gemüse und Früchte. Dabersche Speisekartoffeln 1,20—1,60 Mark, do. blaue 1,20—1,60 Mk., do. weiße 1,20—1,60 Mk., Nimpansche Delikateß 5—6 M., Zwiebeln 9—10 M., per 50 Kilogr., Mohrrüben lange per 50 Liter 1 Mk., Blumenkohl, per 100 Kopf 20—25 M., Kohlrabi, per Schock 0,50—0,60 M., Kopfsalat, inländisch 100 Kopf — Mk., Spinat per 50 Liter 1,50 M., Kochäpfel 3—5 M., Tafeläpfel, tyroler 25—28 M., p. 50 Kilo, Kochbirnen p. 50 Liter — M., Tafelbirnen div. — M., Weintrauben per 50 Kg. div. brutto mit Korb — M., ungar. do. — Mk., italienische do. — M., Nüsse, per 50 Kilogr. Franz. Marbots 28—30 M., franz. Lots 24—26 M., rheinische — M., rumänische — M., Haselnüsse, rund. Sicilianer 26 bis 28 Mark, do. lang, Neapolitaner 46—50 M., Paranüsse 35—48 Mark, franz. Krachmandeln 95—100 Mark.

Bromberg, 16. Januar. (Bericht der Handelskammer.) Weizen: feiner 181—185 Mk., geringer nach Qualität 172—180 Mk., feinster über Notiz. — Roggen nach Qualität 168—173 Mk., feinster über Notiz. Braugerste 150—160 Mk., Futtergerste 130—140 Mk. Hafer nominell 150—163 Mk. — Kocherbsen 160—170 Mark. — Futtererbsen 145—150 Mk. — Spiritus 50er Konsum 49,50 Mk., 70er 31,25 Mk.

Marktpreise zu **Breslau** am 16. Januar.

Festsetzungen der städtischen Markt-Deputation.		gute Höchster M. Pf.	gute Niedrigst. M. Pf.	mittlere Höchster M. Pf.	mittlere Niedrigst. M. Pf.	gering. Waare Höchster M. Pf.	gering. Waare Niedrigst. M. Pf.
Weizen, weißer		19 30	19 10	18 70	18 30	17 70	17 20
Weizen, gelber	pro	19 20	18 90	18 60	18 20	17 60	17 10
Roggen	100	17 80	17 60	17 40	17 10	16 90	16 70
Gerste		18 30	17 60	16 30	15 80	14 80	13 30
Hafer	Kilog.	16 70	16 50	16 30	16 10	15 90	15 50
Erbsen		18 —	17 50	16 50	16 —	15 —	14 50

Raps, per 100 Kilogramm, 29,10 — 27,30 — 25,60 Mark.
Winterrübsen 28,60 — 27,— — 25,40 Mark.
Sommerrübsen —,— — —,— — —,— Mark.
Dotter —,— — —,— — —,— Mark.
Schlaglein 22,— — 20,75 — 18,50 Mark.
Hanfsaat —,— — —,— — —,— Mark.

Breslau, 16. Januar. (Amtlicher Produkten-Börsen-Bericht.)

Roggen per 1000 Kilogramm matt. Gekünd. —,— Ctr. per Januar 179,00 Br., April-Mai 180,00 Br., Mai-Juni 182,00 Br.

Hafer (per 1000 Kilogr.) Gekündigt —,— Ctr., per Januar 166,00 Br., April-Mai 166,00 Br.

Rüböl (per 100 Kilogramm) still. Gekündigt —,— Ctr., per Januar 69,00 Br., Januar-Februar 69,00 Br., Februar-März 69,50 Br.

Spiritus (per 100 Liter à 100 Proz.) excl. 50 und 70 Mark Verbrauchsabgabe, ohne Umsatz. Gekündigt —,— Liter. Per Januar (50er) 49,50 Gd., (70er) 30,00 Gd., April-Mai (70er) 31,70 Gd.

Zink (per 50 Kilogr. ohne Umsatz.) Die Börsenkommission.

Telegraphische Nachrichten.

Berlin, 17. Januar. Die Zeichnung auf Loose zur ersten Klasse der Lotterie zur Beschaffung der Mittel für die Niederlegung der Schloßfreiheit ist an sämmtlichen Berliner Snbskriptionsstellen heute geschlossen. Von den in der Provinz etablirten Zeichenstellen sind nach vorliegenden Nachrichten Frankfurt a. M., Königsberg i. Pr. und Stettin gleichfalls geschlossen.

Wien, 17. Januar. Ein Erlaß des Justizministers verfügt, daß die gerichtliche Korrespondenz mit Elsaß-Lothringen lediglich auf diplomatischem Wege erfolgen solle.

Madrid, 17. Januar. Die Königin hatte gestern eine Konferenz mit Jovellar und Martinez Campos, welche ihr riethen, Sagasta mit der Rekonstituirung des Kabinets zu beauftragen. Die Königin wird heute eine Unterredung mit den ehemaligen Kammerpräsidenten Martos und Tereno haben.

London, 7. Januar. Kaiser Wilhelm hat dem Herzog von Cambridge anläßlich des Todes Lord Napiers seine tiefgefühlte aufrichtige Theilnahme für die Königin und die ganze britische Armee telegraphisch ausgesprochen. In Napier hat die englische Armee einen ihrer tüchtigsten Generale und tapfersten Soldaten verloren; sein Großvater und sein Vater hätten die persönlichen und die militärischen Eigenschaften Napiers hochgeschätzt. Der Kaiser unterzeichnete das Telegramm als Admiral of the fleet. Der Herzog von Cambridge telegraphirte dem Kaiser seinen herzlichen Dank.

Kairo, 17. Januar. Der Khedive hat gestern zu Ehren Stanleys ein Diner gegeben, zu welchem die Minister und die eingeborenen Beamten geladen waren. — Nach Meldungen aus dem Sudan herrscht dort große Hungersnoth; die Sterblichkeit ist eine sehr bedeutende.

Vom Wochenmarkt.

s. **Posen**, 17. Januar.

Die Zufuhr in Getreide war heute etwas stärker. Der Zentner Roggen 8,50 M., Weizen 8,50–9,50 M., Gerste 7,50 bis 8,25 M., Hafer bis 8,10 M., Gemenge (Erbsen und Hafer) 8,25 M. Blaue Lupine 6–6,50 M. Weiße runde Bohnen 9–9,50 Mark. Der Zentner Heu 2,50–2,70 M. Das Schock Stroh 36–37,50 M. Der Zentner weiße Kartoffeln auf dem Alten Markte wurde mit 1,10–1,20 M. bezahlt; rothe 1,30 M. Der Zentner Wrucken 1,10 bis 1,20 M. Geflügel knapp, 1 Gans 3,50–8 M., Puten von 3,75 bis 8,75 M., 1 Paar Hühner 2,75–3,75 M., 1 Paar Enten 3–3,75 Mark. Die Mandel Eier 85–90 Pf. Das Pfd. Butter 1–1,10 Mark. Grünzeug wie bisher. Der Auftrieb auf dem Viehmarkt in Fettschweinen war heute über den Bedarf. Preise pro Zentner Lebendgewicht von 44–46 M. Jungschweine knapp, wenig zur Mast geeignet, von 45–48 M. Größere, zur Mast geeignete, 50 M. Ein Paar Ferkel (Bork und Sau), 8–10 Wochen alt, 33–36 M. Kälber in größerer Anzahl. Das Pfund Lebend-Gewicht 25–32 Pfennige. Schafvieh, 7–8 Stück, das Pfund Lebend-Gewicht 20 bis 22 Pf. Rinder, 30 und einige Stück, im Preise pro Zentner Lebend-Gewicht von 20–24 M. Der Fischmarkt brachte heute ein recht reichliches Angebot. Das Pfund Hechte 50 bis 65 Pf., Karpfen 60–70 Pfennige, Bleie 30–35 Pf., Barsche 35–40 Pfennige, Quappen 50 Pf., Karauschen 35–40 Pf. Zander 50–60 Pf. Die Mandel grüne Heringe 25–30 Pf. Das Angebot auf dem Sapiehaplatz war über den Bedarf und in genügender Auswahl. Puten, nach Qualität, 4,50 bis 9 Mark. Geschlachtete Fettgänse, das Pfund 55–70 Pf. Lebende Gänse, im Preise von 3,75 bis 8,75 M. Ein Paar Hühner 3,50 bis 3,75 Mark. Ein Paar Enten 2,75 bis 3,75 M. Das Pfund Butter 1–1,10 M. Die Mandel Eier 85 bis 90 Pfennige. Das Pfund Aepfel 10–20 Pf. Ein Hase 2–3,25 M.

Amtlicher Marktbericht der Marktkommission in der Stadt Posen

vom 17. Januar 1890.

Gegenstand.			gute W. M.	Pf.	mittel W. M.	Pf.	gering. W. M.	Pf.	Mitte. M.	Pf.
Weizen	höchster	pro 100 Kilogramm	—	—	19	—	18	40	18	48
	niedrigster		—	—	18	70	17	80		
Roggen	höchster		17	60	17	—	16	70	17	—
	niedrigster		17	30	16	80	16	60		
Gerste	höchster		—	—	16	—	15	—	15	25
	niedrigster		—	—	15	50	14	50		
Hafer	höchster		17	—	15	90	15	10	15	78
	niedrigster		16	40	15	50	14	80		

Andere Artikel.

		höchst. M.	Pf.	niedr. M.	Pf.	Mitte M.	Pf.			höchst. M.	Pf.	niedr. M.	Pf.	Mitte M.	Pf.
Stroh Richt- Krumm-	pro 100 Kilo	7	50	7	—	7	25	Bauchfl.	pro 1 Kilo	1	20	1	—	1	10
Heu		6	50	6	—	6	25	Schweinefleisch		1	40	1	20	1	30
Erbsen		—	—	—	—	—	—	Kalbfleisch		1	20	1	10	1	15
Linsen		—	—	—	—	—	—	Hammelfl.		1	20	1	10	1	15
Bohnen		—	—	—	—	—	—	Speck		1	80	1	60	1	70
Kartoffeln		3	—	2	40	2	70	Butter		2	40	1	80	2	10
Rindfl. v. d.								Rind. Nierentalg		1	—	—	80	—	90
Keule v. 1 kg		1	40	1	—	1	30	Eier pr. Schck.		3	40	3	20	3	30

Marktbericht der Kaufmännischen Vereinigung.

Posen, den 17. Januar.

	feine W.	mittl. W.	ord. W.
	Pro 100 Kilogramm.		
Weizen	19 M. 20 Pf.	18 M. 70 Pf.	17 M. 60 Pf.
Roggen	17 „ 10 „	16 „ 90 „	16 „ 70 „
Gerste	17 „ 60 „	15 „ 20 „	13 „ 40 „
Hafer	16 „ 10 „	15 „ 50 „	14 „ 80 „
Kartoffeln	2 „ 60 „	2 „ — „	— „ — „

Die Marktkommission.

Börsen-Telegramme.

Berlin, den 17. Januar. (Telegr. Agentur B. Heimann, Posen.)

		Not. v. 16.			Not. v. 16.
Weizen befestigend			**Spiritus** fest		
pr. April-Mai	200 —	200 25	70er loko o. Faß	32 50	32 40
„ Juni-Juli	200 25	200 50	70er Dez.-Januar	32 —	31 70
Roggen befestigend			70er April-Mai	33 —	32 70
„ April-Mai	175 25	175 75	70er Juni-Juli	34 60	34 40
„ Juni-Juli	173 25	174 —	50er loko o. Faß	52 —	51 80
Rüböl matter					
pr. Januar	68 40	68 80			
„ April-Mai	64 —	64 10			
Hafer					
pr. Januar	—	—			

Kündigung in **Roggen** 150 Wspl.
Kündigung in **Spiritus** (70er) —,000 Liter, (50er) —,000 Liter.

Spiritus. (Nach amtlichen Notirungen) Not. v. 16.

			Not. v. 16.
do.	70er loko	32 50	32 40
do.	70er Januar	32 —	31 70
do.	70er Januar-Febr.	32 —	31 70
do.	70er April-Mai	33 —	32 70
do.	70er Aug.-Septbr.	34 60	34 30
do.	50er loko	52 —	50 80

		Not. v. 16.			Not. v. 16.
Konsolidirte 4% Anl.	106 60	106 60	Poln. 5% Pfandbr.	66 50	66 75
„ 3½% „	103 20	103 20	Poln. Liquid.-Pfdbr.	61 60	61 90
Pos. 4% Pfandbriefe	100 90	100 90	Ungar. 4% Goldrente	88 —	88 —
Pos. 3½% Pfandbr.	99 90	99 90	Ungar. 5% Papierr.	86 —	86 —
Pos. Rentenbriefe	104 10	104 10	Oestr. Kred.-Akt. ultimo	180 —	180 60
Oestr. Banknoten	173 25	173 40	Oest.-Fr. Staatsb. ultimo	101 10	101 60
Oestr. Silberrente	76 60	76 60	Lombarden ultimo	60 40	60 60
Russ. Banknoten	224 75	225 90	**Fondstimmung**		
Russ 4½% BdkrPfdbr.	99 90	99 80	schwach		

Ostpr. Südb. E. S. A.	87 75	88 25	Schwarzkopf	260 75	262 90
Mainz Ludwighf. dto	124 10	124 —	Königs- u. Laurah.	175 75	176 25
Marienb. Mlaw. dto	57 90	58 40	Dortm. St. Pr. La. A.	130 60	133 —
Italienische Rente	94 40	94 30	Inowrazl. Steinsalz	59 90	60 90
Russ 4% konf. Anl 1880	94 50	94 25	Ultimo:		
dto. zw. Orient. Anl.	70 80	70 90	Dux-Bodenb. Eisb. A	212 40	212 25
dto. Präm.-Anl 1866	160 90	160 90	Elbethalbahn „	100 40	100 40
Rum. 6% Anl. 1880	104 25	104 40	Galizier „	81 10	81 10
Türk. 1% konf. Anl.	17 90	17 90	Schweizer Ctr. „	147 50	147 60
Pos. Provinz. B. A.	116 10	— —	Berl. Handelsgesell.	202 50	204 50
Landwirthschft. B. A.	— —	— —	Deutsche B. Akt.	179 75	180 75
Pos. Spritfabr. B. A.	— —	95 —	DiskontoKommandit	251 25	253 25
Gruson Werke	183 60	178 50	Russ. Bankf. ausw. H.	76 40	76 50

Nachbörse: Staatsbahn 101 10, Kredit 179 75, Diskonto-Kom. 251 —

Stettin, 17. Januar. (Telegr. Agentur B. Heimann, Posen.)

		Not. v. 16.			Not. v. 16.
Weizen matt			**Spiritus** behauptet		
April-Mai	195 —	195 50	per loko 50 M. Abg.	51 10	51 —
Mai-Juni	195 50	196 —	„ „ 70 „ „	31 80	31 70
			„ Dez. 70 „ „	— —	— —
Roggen niedriger			„ „ 70 „ „		— —
April-Mai	172 50	174 —	„ April-Mai 70 M.	32 40	32 10
Mai-Juni	172 —	173 50			
			Petroleum*)		
Rüböl niedriger			do. per loko	12 30	12 30
Januar	67 50	68 —			
April-Mai	64 —	64 —			

*) **Petroleum** loco versteuert Usance 1¼ pCt.

Die während des Druckes dieses Blattes eintreffenden Depeschen werden im Morgenblatte wiederholt.

Börse zu Posen.

Posen, 17. Januar. [Amtlicher Börsenbericht.]
Spiritus. Gekündigt —,— L. Kündigungspreis (50er) 49,80, (70er) 30,30. (Loko ohne Faß) (50er) 49,80, (70er) 30,30.
Posen, 17. Januar. [Börsenbericht.]
Spiritus ruhig. (Loko ohne Faß) (50er) 49,80, (70er) 30,30.

Wetterbericht vom 16. Januar, Morgens 8 Uhr.

Stationen.	Barom. a. 0 Gr. nachd. Meeresniv reduz. in mm.	Wind.		Wetter.	Temp. i. Cels. Grad.
Mullaghmor.	751	SSW	8	bedeckt	12
Aberdeen .	755	S	2	wolkig	8
Christiansund	755	W	4	bedeckt	5
Kopenhagen	764	WNW	3	Nebel	2
Stockholm.	758	NNW	6	wolkenlos	1
Haparanda	755	still		wolkenlos	— 5
Petersburg	—				
Moskau .	757	S	1	Schnee	—10
Cork, Queenst	747	SSW	7	bedeckt	11
Cherbourg	767	S	3	bedeckt	10
Helder . .	766	SW	2	wolkig	6
Sylt . .	764	still		Nebel	4
Hamburg .	766	WNW	1	Nebel ¹)	2
Swinemünde	765	WNW	4	Dunst	2
Neufahrwass.	759	NW	5	wolkenlos	3
Memel . .	754	NNW	7	Regen	3
Paris . .	771	SSW	2	bedeckt	5
Münster .	768	W	2	bedeckt	7
Karlsruhe .	771	NW	2	bedeckt	6
Wiesbaden	770	SW	2	bedeckt	7
München .	771	SW	5	bedeckt	2
Chemnitz .	768	WSW	2	Regen	4
Berlin . .	767	WNW	3	Nebel ²)	1
Wien . .	767	W	3	Regen	5
Breslau .	765	WNW	4	bedeckt	1
Ile d'Aix .	771	S	4	bedeckt	7
Nizza . .	768	ONO	4	wolkenlos	4
Triest . .	—				

¹) Feiner Regen. ²) Gestern Regenböen.

Skala für die Windstärke.

1 = leiser Zug, 2 = leicht, 3 = schwach, 4 = mäßig, 5 = frisch, 6 = stark, 7 = steif, 8 = stürmisch, 9 = Sturm, 10 = starker Sturm, 11 = heftiger Sturm, 12 = Orkan.

Uebersicht der Witterung.

Die Depression, welche gestern über Skandinavien lag, ist südostwärts nach den russischen Ostsee-Provinzen fortgeschritten und veranlaßt an der ostdeutschen Küste frische bis steife nordwestliche Winde. Eine neue Depression naht westlich von Schottland. In Central-Europa ist das Wetter mild, trübe und neblig; vielfach ist etwas Regen gefallen. In Deutschland liegt die Temperatur 2 bis 8 Grad über der normalen. **Deutsche Seewarte.**

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Januar.

Datum Stunde.	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm; 66 m Seehöhe.	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cels. Grad
16. Nachm. 2	758,9	NW mäßig	bedeckt	+ 2,8
16. Abends 9	762,2	N mäßig	bedeckt	+ 1,8
17. Morgs. 7	764,5	NW schwach	bewölkt	+ 0,1

Am 16. Januar Wärme-Maximum + 3,4° Cels.
Am 16. „ Wärme-Minimum + 0,8° „

Heute Nachmittag 3½ Uhr entschlief sanft nach kurzem Krankenlager mein geliebter Vater, der Militärarzt a. D., Ritter pp.

Carl Heinrich Groncki

im 79. Lebensjahre.

Liegnitz, den 14. Januar 1890.

Im Namen der Hinterbliebenen
Natalie Groncki.

Die Beerdigung findet Freitag, Nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des städtischen Friedhofs aus statt.

4. Klasse 181. Königl. Preuß. Lotterie.

Ziehung vom 16. Januar 1890. — 3. Tag Nachmittag.
Nur die Gewinne über 210 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt. — (Ohne Gewähr.)

310 31 41 674 89 769 80 876 93 971 83 97 **1**031 79 (1500) 88 119 224 369 80 81 97 454 538 737 41 820 **2**043 83 100 13 62 206 56 351 93 501 (500) 2 625 63 848 51 69 925 **3**033 156 273 99 366 97 511 80 631 (3000) 78 **4**006 94 176 203 22 (500) 440 44 85 509 628 735 68 80 866 **5**054 170 205 42 328 (500) 612 35 821 32 81 93 953 **6**040 49 (1500) 104 39 41 (300) 337 459 84 629 37 735 800 950 60 87 95 **7**046 101 14 53 324 71 423 47 82 530 95 632 65 (3000) 730 80 94 804 920 **8**024 69 189 267 845 94 **9**005 (3000) 45 (500) 73 167 243 80 (3000) 326 46 431 716 73 816 34 964

10012 247 347 63 (500) 759 807 921 23 70 **11**025 113 535 **12**291 330 35 492 531 36 783 **13**034 (300) 60 286 339 471 516 59 73 628 (1500) 90 788 (500) 882 941 **14**040 67 205 399 407 73 77 628 29 41 783 (3000) 962 69 **15**014 21 148 94 341 89 449 (1500) 92 519 62 636 **16**036 109 67 360 862 83 98 903 **17**025 179 367 87 441 77 698 982 (3000) **18**098 185 (300) 212 83 330 626 42 715 940 **19**041 86 (1500) 166 208 93 (300) 538 (300) 736 946

20053 254 (500) 77 (500) 352 691 826 69 96 918 (300) **21**037 114 19 20 314 79 473 517 27 42 50 (500) 97 (1500) 639 85 99 784 906 8 22 90 **22**005 53 258 98 (500) 432 70 553 83 621 711 31 (1500) 906 55 **23**067 181 263 420 69 623 934 **24**035 124 48 222 26 333 403 27 612 20 56 726 90 (3000) 811 900 61 **25**070 80 139 290 91 394 490 554 659 89 97 **26**071 134 386 412 23 (1500) 59 500 20 68 761 63 82 **27**015 118 247 91 335 75 481 547 741 809 912 71 **28**069 79 149 52 308 14 410 590 826 (1500) 935 **29**066 99 132 452 621 718 943 63 84 86

30002 164 398 99 450 760 967 84 77 897 967 84 **31**171 232 86 372 471 638 47 94 877 85 87 968 **32**183 391 (1500) 505 56 61 864 84 732 92 854 (300) 63 902 41 **33**074 427 529 650 719 75 694 (1500) **34**022 132 92 521 (300) 625 60 802 96 990 **35**029 228 65 322 31 39 (300) 50 404 62 516 801 956 **36**019 317 48 414 (500) 29 527 87 616 735 805 **37**126 258 348 65 445 98 535 653 (5000) 925 **38**096 121 80 (3000) 411 612 885 93 **39**021 445 552 714 55 875

40034 384 (300) 880 **41**037 191 223 (5000) 78 90 441 556 607 931 54 **42**180 204 49 412 500 26 677 715 (3000) 897 **43**172 204 25 55 69 325 67 96 657 (1500) 776 935 (10 000) 83 **44**077 212 640 47 713 856 70 **45**015 30 66 (3000 166 271 310 11 414 567 785 89 824 **46**324 408 94 572 602 14 83 741 91 874 957 66 (300) 68 70 96 **47**048 64 99 156 64 221 32 50 391 440 54 94 565 719 815 17 (1500) 43 62 901 71 85 **48**089 210 306 493 504 65 78 814 83 931 **49**271 93 549 711

50034 152 (1500) 750 915 **51**100 44 204 380 423 46 590 765 840 967 **52**096 112 99 207 65 388 (500) 603 **53**015 159 208 17 40 394 528 63 624 906 **54**044 54 62 294 423 81 523 627 797 (500) 908 62 78 **55**018 62 103 278 443 528 40 78 664 66 94 706 834 36 61 77 99 **56**084 358 423 666 806 **57**024 75 189 475 567 69 613 39 764 921 **58**182 232 36 (500) 86 640 738 55 **59**012 75 (30000) 101 10 421 565 636 87 88 751

60031 (300) 66 75 342 81 418 24 (300) 26 513 687 718 800 (3000) **61**014 108 86 320 566 625 87 **62**108 314 58 87 (500) 95 410 58 716 44 840 **63**042 50 80 213 319 53 (300) 427 73 75 515 32 59 671 88 93 789 839 **64**027 185 220 27 36 345 499 615 41 51 97 806 925 **65**004 19 216 302 461 76 581 617 765 **66**225 64 (300) 343 542 739 88 834 52 78 908 **67**109 22 (300) 96 249 58 (3000) 98 315 589 836 987 **68**062 268 426 716 24 **69**034 173 266 514 30 622 31 52 70 724 835 62 928 36 69

70206 526 85 636 63 86 845 90 913 76 (1500) **71**045 139 270 88 399 550 618 830 69 86 968 **72**034 94 243 445 560 92 97 709 41 **73**085 280 348 528 607 715 888 909 11 55 59 **74**033 91 416 534 62 626 41 (3000) 59 88 (500) 730 93 954 64 **75**010 23 81 82 140 99 239 84 305 (1500) 22 59 474 565 80 712 **76**369 535 701 803 950 54 **77**008 71 (500) 322 85 418 70 (500) 589 612 712 **78**052 155 245 52 83 99 543 67 695 781 90 848 57 96 931 60 **79**031 48 160 93 209 39 77 306 70 427 644 50 747 821

80127 77 265 611 23 59 69 743 84 866 **81**045 405 77 562 648 63 80 **82**020 232 366 (15000) 75 89 457 583 715 41 899 939 43 88 **83**045 57 143 247 527 84 641 848 (5000) 87 966 **84**102 65 236 98 476 657 873 914 **85**101 55 64 216 360 441 88 97 579 647 847 (300) 921 **86**031 106 39 270 93 94 (15000) 400 10 (500) 75 93 613 45 61 731 925 44 **87**139 212 46 58 70 333 412 13 518 31 700 45 (300) 828 78 **88**102 64 212 20 580 625 700 805 59 952 **89**110 33 58 217 402 95 (500) 504 13 26 61 636 984

90412 559 782 814 73 92 955 88 **91**145 85 97 211 314 441 45 92 703 82 846 61 910 (500) **92**366 92 464 521 22 86 681 713 **93**017 59 153 93 212 56 346 54 80 536 70 84 606 25 58 721 28 859 951 67 73 **94**309 20 43 471 620 99 767 834 76 979 **95**045 370 90 451 554 55 675 709 (1500) 35 57 75 99 937 48 71 **96**014 102 274 340 460 514 56 632 42 735 857 **97**051 62 143 211 45 324 52 407 70 82 553 606 12 756 959 61 **98**017 140 60 400 55 (1500) 775 982 **99**069 297 334 54 569 662 753 831

100027 94 160 322 62 71 469 94 584 671 716 75 (3000) 818 917 52 54 **101**079 149 85 96 364 458 75 777 (500) 80 666 (300) **102**029 72 172 314 28 (3000) 45 506 48 67 694 701 815 **103**075 110 351 494 595 610 765 944 94 **104**021 28 263 (300) 616 (300) 75 833 66 71 (300) 953 **105**001 002 62 128 88 227 88 455 502 94 910 32 78 94 **106**147 97 399 456 639 752 861 **107**059 106 217 85 344 48 421 83 501 19 67 612 41 702 75 97 964 **108**058 117 64 210 378 416 510 15 887 **109**064 67 139 307 441 52 78 521 66 621 705 858 909 24

110129 285 432 506 89 807 96 (300) 944 **111**237 62 73 74 361 520 35 41 621 704 44 48 70 **112**119 394 97 (3000) 466 500 743 877 (1500) 918 42 67 **113**026 45 116 32 247 306 63 (3000) 453 665 887 (300) 920 21 74 80 **114**498 554 802 950 92 **115**014 97 204 13 (500) 57 340 400 29 563 77 643 770 862 913 (300) 32 **116**039 61 130 53 278 87 (300) 531 81 88 768 71 844 955 **117**123 252 53 455 586 89 (1500) 607 (3000) 41 70 747 810 29 75 940 **118**154 264 421 46 556 711 818 98 (3000) **119**018 67 127 66 252 71 340 465 733.

120010 18 462 616 (3000) 701 24 875 **121**091 136 261 415 627 732 54 866 959 76 **122**051 69 105 311 836 49 970 **123**017 56 120 25 68 222 381 83 418 560 601 9 940 (3000) **124**442 683 751 (1500) 72 910 39 **125**295 637 46 838 53 66 96 (500) **126**096 107 10 61 719 47 889 93 990 **127**169 239 59 74 (300) 535 771 831 34 904 18 82 **128**050 124 68 242 336 (3000) 59 686 950 **129**033 109 31 43 200 512 33 93 811 24 960 91

130058 77 225 467 607 15 857 986 **131**007 34 57 345 533 713 91 821 914 63 **132**083 402 14 47 51 600 76 88 (300) 860 904 28 **133**003 37 43 86 135 42 52 322 (300) 30 79 400 80 509 26 742 (300) 902 33 **134**043 96 101 69 207 35 (300) 536 624 26 33 705 (500) 21 47 819 72 994 **135**082 345 67 525 53 708 19 48 69 836 916 67 **136**100 22 291 453 665 71 173 830 38 912 13 **137**250 484 504 67 77 640 66 806 99 975 96 **138**140 532 44 646 55 (500) 728 57 844 70 81 84 **139**059 87 302 468 540 690 (500) 893 918

140103 221 42 54 319 409 (500) 533 39 48 49 58 77 748 (500) 895 985 **141**118 51 296 358 73 83 408 81 753 (1500) 830 909 **142**035 166 379 636 (300) 708 955 62 75 **143**086 143 97 212 57 79 315 65 548 615 21 740 (3000) 808 (300) 31 **144**072 192 211 484 614 (1500) 67 727 837 977 **145**020 56 117 58 266 328 65 619 46 944 60 **146**063 111 227 84 301 434 95 (3000) 577 816 47 (3000) 62 **147**090 (3000) 209 32 65 301 8 24 91 401 18 567 96 610 853 (500) 889 913 **148**285 369 98 423 503 784 861 934 **149**156 98 259 72 309 632 43

150105 47 64 219 34 300 521 615 27 753 92 93 (300) 886 **151**187 289 387 474 556 803 30 49 87 **152**491 617 18 27 90 857 **153**054 81 219 358 75 478 94 530 84 619 886 917 **154**318 (5000) 67 76 568 625 741 46 **155**086 102 (1500) 3 50 54 220 56 330 58 65 99 414 502 756 (300) **156**002 356 (300) 85 427 614 848 (1500) **157**110 82 225 300 70 511 690 813 18 28 **158**258 555 716 976 **159**043 105 76 (3000) 77 296 481 536 83 85 805 968

160034 326 418 606 (500) 33 736 40 **161**115 227 77 412 23 608 17 786 881 89 (3000) 989 **162**256 458 66 517 (3000) 901 (500) **163**037 265 342 565 673 726 810 99 971 88 **164**010 39 (500) 160 323 43 90 500 30 602 **165**162 88 356 438 537 40 605 50 885 89 928 **166**051 61 93 98 237 319 429 566 694 970 **167**001 8 (500) 28 113 232 52 55 377 824 77 (500) 79 **168**002 84 375 487 **169**037 87 238 67 86 308 56 (300) 470 581 824 31

170203 85 (3000) 304 93 439 98 530 88 96 680 **171**009 16 314 71 89 469 547 93 623 97 723 878 988 **172**010 131 200 35 37 431 38 45 55 848 95 **173**202 79 338 404 14 522 627 95 824 914 **174**095 139 282 462 95 876 (3000) **175**212 522 (5000) 621 (500) 59 805 38 96 978 **176**046 79 124 51 (1500) 53 78 557 666 82 959 (1500) 77 **177**061 (10000) 205 458 795 891 963 **178**089 281 343 653 61 754 903 **179**033 44 51 82 295 313 15 45 486 508 92 624 770 985

180189 375 449 81 (3000) 663 69 797 **181**004 104 43 276 320 53 62 539 698 725 986 (1500) **182**148 (1500) 262 352 463 554 771 813 65 911 **183**024 287 438 657 711 934 **184**159 316 625 728 813 (300) 51 912 19 **185**006 (300) 52 66 78 189 96 222 52 335 52 64 91 485 567 78 614 53 750 60 812 17 94 95 997 **186**001 70 171 (3000) 304 31 44 86 450 75 964 **187**206 321 28 (300) 96 637 722 **188**002 7 8 43 302 93 542 622 900 **189**041 261 434 537 54 616 776 948 60

Druck und Verlag der Hofbuchdruckerei von W. Decker & Comp. (A. Röstel) in Posen.